

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

| Gremium | am | TOP |
|-----------------|------------|-----|
| Finanzausschuss | 07.09.2009 | |

Anlass:

 Mitteilung der Verwaltung Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspostionen der Ergebnisrechnung sowie Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2009

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Haushaltsermächtigung zum Stand 17.08.2009 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende. Die Haushaltsermächtigung berücksichtigt neben dem Haushaltsansatz 2009 auch evtl. aus 2008 zusätzlich bereitgestellte Haushaltsermächtigung, alle bis zu dem o. a. Zeitpunkt verfügbaren außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben sowie die Änderungen durch Deckungsfähigkeiten.

Steuern

Die Auswertung der Ergebnisse der Steuerschätzung führt für das Hj. 2009 zu einer prognostizierten Verschlechterung von 122,3 Mio. Euro (bezüglich der Einzelheiten wird auf das Schreiben an die Fraktionen und Einzelmandatsträger vom 22.05.2009 und auf die letzte Finanzausschussvorlage verwiesen):

Verschlechterung rd.: 122,3 Mio. Euro

Gewerbesteuer

Der Hpl.-Teilansatz **Vorauszahlungen** (750,0 Mio. Euro) wurde trotz des guten Ergebnis-

ses im vergangenen Haushaltsjahr nicht erhöht. Bisher beläuft sich das Anordnungssoll für Vorauszahlungen zum Stichtag 26.08.2009 auf 652,8 Mio. Euro (87,0%). Es liegt damit unter dem auf der Grundlage der Steuerschätzung prognostizierten Ergebnis von 660 Mio. Euro.

Der bisherige Höchststand beim Vorauszahlungssoll Ende Januar 2009 belief sich auf rd. 779 Mio. Euro. Im Hinblick auf den negativen Trend der vergangenen Wochen kann nicht ausgeschlossen werden, eine weitere Verschlechterung gegenüber der Steuerschätzung eintritt.

Der Hpl.-Teilansatz **Nachforderungen** (317,1 Mio. Euro) betrifft überwiegend die Erhebungszeiträume 2005 bis 2007. Bis zum 26.08.2009 konnten 124,1 Mio. Euro (39,1 %) zum Soll gestellt werden. Zwar ist erfahrungsgemäß gerade in der zweiten Jahreshälfte mit einer positiven Entwicklung bei den Nachforderungen aus Vorjahren zu rechnen, allerdings liegt der Teilansatz zurzeit unter dem Vorjahreswert. Auch dieser Ansatz ist mit einem nicht unerheblichen Risiko behaftet.

Schlüsselzuweisung

Die Schlüsselzuweisung fällt gegenüber der Planung 6,2 Mio. Euro höher aus als geplant. Allerdings werden hiervon bis zu 4,2 Mio. Euro zur Finanzierung weiterer Bergungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs herangezogen. Darüber hinaus wurden die Mehrerträge zur Deckung sonstiger kleinerer Mehraufwendungen (z. B. Ausgleichszahlung Conlon) verwendet.

Veränderung rd.: 0 Mio. Euro

Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil (Kompensation)

Gemäß Festsetzungsbescheid beträgt die Kompensationsleistung in 2009 rd. 38,5 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verbesserung von rd. 3,2 Mio. Euro.

Mehrerträge: rd. 3,2 Mio. Euro

Zweitwohnungssteuer

Bei der Zweitwohnungssteuer ist bis Jahresende von einer Verbesserung gegenüber dem Ansatz von ca. 1,5 Mio. Euro auszugehen. Diese Prognose ist dadurch begründet, dass noch viele Veranlagungsfälle für rückwirkende Zeiträume durchzuführen sind.

Mehrerträge: rd. 1,5 Mio. Euro

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Aufgrund der aktuellen Entwicklung wird bei den Nachforderungs- und Erstattungszinsen bis Jahresende mit einer Unterschreitung des Ansatzes gerechnet. Bei einem derzeitigen Anordnungssoll von 2,5 Mio. Euro und einer bisher unterdurchschnittlichen Entwicklung kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Ansatz realisiert wird. Da sich der Ansatz in Abhängigkeit mit der Gewerbesteuerfestsetzungen vergangener Erhebungszeiträume entwickelt, ist zum jetzigen Zeitpunkt keine zuverlässige Hochrechnung möglich.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personalaufwendungen voraussichtlich mit einer Verbesserung in Höhe von ca. 12,0 Mio. Euro abschließen. In der Hochrechnung sind Mehraufwendungen für beabsichtigte externe Einstellungen z. B. für die Wahlen oder im Bereich der Verkehrsüberwachung prognostiziert. Gleichzeitig beinhaltet die Prognose auch Verbesserungen durch Verzögerungen bei der externen Stellenbesetzung und durch streikbedingt Lohnkürzungen im Rahmen der Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst. Die durch die Bestreikung eingesparten Personalaufwendungen sollen zur

qualitativen Verbesserung von Angeboten in den Kindertagesstätten und für die Erstattung der Elternbeiträge verwendet werden. Eine Budgetverlagerung wurde bisher jedoch noch nicht vorgenommen.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Mehraufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs derzeit noch nicht bezifferbar sind. Darüber hinaus ist die Höhe der in 2009 tatsächlich zu bildenden Personalarückstellungen augenblicklich nicht sicher kalkulierbar. Verlässlichere Daten liegen voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte vor.

Verbesserung: bis zu 12,0 Mio. Euro

Personalamt

Die Saldierung mehrerer kleinerer Veränderungen führt im Ergebnis zu einer Verschlechterung von rd. 1,2 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind insbesondere Wenigererträge bei der Erstattung von Unfallkosten sowie bei Erstattungen des Landes. Letzteren stehen teilweise Einsparungen beim Personalaufwand (s. o.) gegenüber.

Verschlechterung: rd. 1,2 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich werden sowohl bei den Erträgen (insgesamt rd. -0,9 Mio. Euro) als auch bei den Aufwendungen (insgesamt rd. +3,0 Mio. Euro) Abweichungen gegenüber der Planung erwartet. Nachfolgend werden die größten Veränderungen dargestellt. Die Aufzählung ist nicht abschließend und ergibt nicht die Summe der Gesamtabweichung.

Substantielle Veränderungen auf der Ertragsseite ergeben sich vor allem bei vier Produkten:

- Die Absenkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) gemäß § 46 SGB II von 28,6 % in 2008 auf nur noch 25,4 % in 2009 führt zu einem Minderertrag von 10,4 Mio. Euro gegenüber der Planung. Der Aufwand für die KdU fällt voraussichtlich um etwa 8 Mio. Euro geringer als angenommen aus.
- Aufgrund der Festlegung des Bundesanteils an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit auf 13 % der Ausgaben des Jahres 2007 wird der Ertrag hier um ca. 3,9 Mio. Euro höher als kalkuliert ausfallen, da zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch eine Reduzierung des Bundesanteils auf 7,06 % beabsichtigt war.
- Die Erträge aus der summarischen Abrechnung von stationären Leistungen der Hilfe zur Pflege mit dem Landschaftsverband werden voraussichtlich um ca. 5,2 Mio. Euro höher als veranschlagt ausfallen. Dem stehen allerdings Mehraufwendungen in gleicher Höhe gegenüber, so dass sich für den Gesamthaushalt hieraus keine Verbesserung ergibt.
- Aufgrund der Abrechnung von Vorschüssen, die in früheren Jahren pauschal als Leistungen der Hilfe zur Gesundheit an Krankenhäuser ausgezahlt wurden, ergeben sich Erstattungsansprüche, die bei Fortschreibung der bisherigen Entwicklung bis zum Jahresende ca. 1,0 Mio. Euro betragen dürften. Diese Erträge waren bei der Haushaltsplanaufstellung so nicht absehbar.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen prognostiziert:

- Wegen gestiegener Fallzahlen wird der Aufwand für Transferleistungen außerhalb von Einrichtungen im Produkt Hilfe zum Lebensunterhalt um ca. 0,9 Euro höher als geplant ausfallen. Gleichzeitig sinkt der Transferaufwand in Einrichtungen um ca. 1,8 Mio. Euro. Einerseits basierte der aus der mittelfristigen Finanzplanung übernommene Ansatz auf zu hohen Fallzahlprognosen, andererseits wurden im Rahmen der Umstellung des Rechnungswesens auf das Neue Kommunale Finanzmanagement die Abgrenzungen

zu anderen Hilfearten neu vorgenommen, was zur Verlagerung der Zuordnung von Aufwendungen zu den Hilfearten geführt hat.

- Mehraufwand in Höhe von 8,0 Mio. Euro wird beim Transferaufwand für Hilfe zur Pflege erwartet. Hiervon entfallen 2,0 Mio. Euro auf ambulante und 6,0 Mio. Euro auf stationäre Hilfen. Die Steigerung bei den ambulanten Leistungen ist vor allem auf eine Erhöhung der Pflegesätze bei der Hilfe zur Pflege durch Sozialstationen sowie Kostensteigerungen bei der persönlichen Assistenz zurückzuführen. Der zunehmende Aufwand bei stationären Leistungen erklärt sich vornehmlich damit, dass bei der Haushaltsplanung die Leistungen, die in Kostenträgerschaft des LVR erbracht werden, zu niedrig eingeschätzt wurden. Insoweit stehen den höheren Aufwendungen in weiten Teilen Mehrerträge gegenüber.
- Die rückläufigen Fallzahlen bei Leistungen nach dem SGB II haben im ersten Halbjahr 2009 zu deutlich geringeren Aufwendungen bei den Kosten der Unterkunft geführt. Dieser Trend setzt sich angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit nach derzeitigen Erkenntnissen nicht fort. Aufgrund dessen muss die Prognose bis Jahresende angepasst werden. Die Aufwendungen werden nach derzeitiger Einschätzung um ca. 3,3 Mio. Euro hinter dem Haushaltsansatz zurückbleiben. Auch der Aufwand für einmalige Leistungen wird um rund 1,0 Mio. Euro niedriger als geplant ausfallen, weil ein Teil der Hilfen als Darlehen gewährt wird. Hingegen übertreffen die erwarteten Aufwendungen für den kommunalen Finanzierungsanteil an der ARGE Köln den Planansatz um etwa 1,3 Mio. Euro. Ursächlich ist das gestiegene Verwaltungskostenbudget der ARGE.
- Nachdem in den Vorjahren alle Bearbeitungsrückstände bei Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) abgebaut werden konnten, hat sich das Niveau der Aufwendungen wieder vermindert. Da die Haushaltsplanung dem noch nicht Rechnung getragen hatte, entstehen Wenigeraufwendungen von rund 1,5 Mio. Euro.
- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind – wie bereits im Haushaltsjahr 2008 – gegenüber der Planung geringere ausfallende Fallzahlen verantwortlich für Einsparungen in Höhe von rund 2,7 Mio. Euro.
- Verbesserungen von mehr als 3,0 Mio. Euro werden bei den Aufwendungen für Hilfen bei Wohnproblemen erwartet. Hiervon entfallen 2,2 Mio. Euro auf Leistungen aus Garantieverträgen mit der Wohnungswirtschaft. Diese Verträge konnten nach Umsetzung eines verbesserten Unterbringungs- und Betreuungskonzeptes neu verhandelt und die Aufwendungen reduziert werden. Weitere Verbesserungen von ca. 1,0 Mio. Euro entstehen im Ergebnisplan dadurch, dass Leistungen zur Sicherung der Wohnung oft darlehensweise erbracht werden und somit keinen Aufwand darstellen. Die Haushaltsplanung hatte sich jedoch noch an der kameralistischen Betrachtungsweise orientiert, die nur den Mittelabfluss, aber nicht die Vermögenswirksamkeit im Fokus hatte.
- Bei verschiedenen Produkten, vor allem der Hilfe zum Lebensunterhalt und den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, müssen zahlreiche Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen wegen mangelnder Leistungsfähigkeit später wieder niedergeschlagen werden. Soweit die Forderungen aus früheren Jahren stammen, müssen die Bereinigungen im NKF als Aufwand gebucht werden. Aus technischen Gründen wurden zudem auch Abgänge auf Forderungen des laufenden Jahres zeitweise als Aufwand statt als Absetzung vom Ertrag gebucht. Sofern sich die bisherige Entwicklung fortsetzt, werden bis zum Jahresende Abgänge in Höhe von rd. 3,1 Mio. Euro zu verbuchen sein. Bei Aufstellung des Haushaltsplanes wurde dieses Verfahren noch nicht berücksichtigt.
- Eine Verbesserung wird voraussichtlich auch bei den freiwilligen sozialen Leistungen erzielt. Unter Berücksichtigung der beschlossenen Erweiterung des Berechtigtenkreises beim Kölnpass sowie der voraussichtlich benötigten Mittel für die vom Rat beschlossene Einschulungsbeihilfe verbleibt nach derzeitigem Stand eine Einsparung von ca. 0,6 €.

Verbesserung: rd. 3,9 Mio. Euro

Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und Asylbewerber

Die Gebühren für die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen werden voraussichtlich 0,2 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Gleichzeitig werden die Mieterträge aufgrund von Verzögerungen bei Neubauvorhaben und die anschließende Vermietung rd. 0,8 Mio. Euro unter der Planung liegen. Aufwandsseitig ergibt sich nach derzeitigen Erkenntnissen eine Verbesserung bei den Energiekosten von ca. 0,2 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Mieten und Pachten werden ca. 2,0 Mio. Euro unter der Planung liegen, was durch schnellere Abmietungen und verzögerte Anmietungen zu begründen ist.

Verbesserung: rd. 1,2 Mio. Euro

Wohnungswesen

Der Bereich meldet geringer Zuweisungen des Landes von ca. 0,2 Mio. Euro, da die Bezuschussung von Lärmsanierungsmaßnahmen ausgelaufen ist. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen von 1,6 Mio. Euro bei den Zuschüssen an übrige Bereiche (Kürzung bzw. Wegfall von Zins- und Aufwendungszuschüssen).

Verbesserung: rd. 1,4 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

Im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe errechnet sich insgesamt eine Verschlechterung von ca. 10,7 Mio. Euro: Bei den Erträgen zeichnet sich im Produkt Tageseinrichtungen für Kinder eine Verbesserung von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Landeszuschuss zu den Betriebskosten Kitas ab. Bei dem Produkt Tagespflege werden aufgrund von Neuregelungen des Anspruchs auf Förderung in der Kindertagspflege voraussichtlich Mehraufwendungen von rd. 4,1 Mio. Euro anfallen. Darüber hinaus werden Mehraufwendungen für die Wirtschaftliche Jugendhilfe von insgesamt 7,1 Mio. Euro prognostiziert. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Fallzahlen (ca. 9%) sowie Kostensteigerungen auf Anbieterseite zurückzuführen.

Der Bereich Kinderheime schließt voraussichtlich mit einer Verbesserung von 1,2 Mio. Euro ab. Diese Veränderung ergibt sich durch unterschiedliche Sachverhalte. Zum einen werden geringere Benutzergebühren/Entgelte von rd. 0,4 Mio. Euro aufgrund der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzierung von 10 auf 9 Sollplätze in den Leistungsangeboten des SGB VIII prognostiziert. Des Weiteren zeichnet sich eine Verschlechterung von 0,2 Mio. Euro aufgrund von höheren Energie, Ab-/Wasserkosten ab. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen von ca. 1,8 Mio. Euro, welche durch die Verzögerungen beim Verkauf des Geländes Sülzgürtel und den damit verbundenen Mittelaufwendungen (Abriss- und Erschließungskosten, Verkaufshonorare) begründet sind.

Verschlechterung: rd. 9,5 Mio. Euro

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert bei den sonstigen ordentlichen Erträgen eine Unterschreitung der Planung von rd. 0,6 Mio. Euro, was darauf zurückzuführen ist, dass die geplante Parkraumbewirtschaftung von Lehrerparkplätzen nicht umgesetzt wurde. Die Aufwendungen für den Schülerspezialverkehr werden ca. 2,0 Mio. Euro über dem Planwert liegen. Dies ist auf das Ergebnis der europaweiten Ausschreibung der Beförderungsleistungen mit Schulbussen zurückzuführen.

Verschlechterung: rd. 2,6 Mio. Euro

Gesundheit

Die Erträge werden rd. 0,8 Mio. Euro unter der Planung liegen. Bei den Zuschüsse von übrigen Bereichen waren 0,1 Mio. Euro geplant, welche tatsächlich nicht realisiert werden

können. Weiterhin kommt es durch Stellenvakanzen im Bereich des Jugendzahnärztlichen Dienstes zu geringeren Zuwendungen von ca. 0,1 durch den Kölner Arbeitskreis Zahngesundheit. Die Erträge aus Verwaltungsgebühren werden um ca. 0,6 Mio. Euro geringer ausfallen, da bei der Planung bereits die Gebühren aus der Refinanzierung von zusätzlichen Stellen berücksichtigt waren. Zusätzlich sind erhebliche Kapazitäten aufgrund der Schweinegrippe sowie dem Einsturz des Hist. Archivs gebunden, die nicht für gebührenpflichtige Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

Wenigererträge: rd. 0,8 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Bei der Stadtbibliothek wird eine Verschlechterung bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von ca. 0,4 Mio. Euro erwartet. Ursprünglich wurden höhere Leistungsentgelte aufgrund der geänderten Entgeltordnung geplant.

Das Kulturamt prognostiziert eine Unterschreitung von ca. 0,1 Mio. Euro bei den Erträgen, da die geplante interne Leistungsverrechnung zwischen dem Kulturamt und den Bühnen nicht erfolgt.

Bei den Museen ergibt sich eine Überschreitung der Energiekosten von ca. 0,4 Mio. Euro. Alle weiteren Abweichungen können innerhalb der Häuser selber kompensiert werden und führen zu keiner Verschlechterung für den Haushalt.

Verschlechterung: rd. 0,9 Mio. Euro

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Der Bereich prognostiziert per Saldo eine Verbesserung in Höhe von ca. 0,1 Mio. Euro. Zum einen werden zusätzliche Aufwendungen für Leasing von rd. 0,1 Mio. Euro benötigt. Zum anderen ergeben sich Mehraufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro, da durch krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle sowie die verzögerte Besetzung von Stellen ein höherer Einsatz von externen Kräften erforderlich ist. Dem gegenüber stehen jedoch voraussichtlich Wenigeraufwendungen von rd. 0,8 Mio. Euro für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Verbesserung: rd. 0,1 Mio. Euro

Zentrale Dienste

Der Bereich prognostiziert höhere Benutzungsgebühren und Entgelte von ca. 0,2 Mio. Euro aufgrund der Kooperation des Call Centers mit der StEB, D 115 sowie dem Rhein-Erft-Kreis.

Verbesserung: rd. 0,2 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Das integrierte Handlungskonzept für Mülheim wird aufgrund von Verzögerungen voraussichtlich erst 2010 umgesetzt. Dadurch ergeben sich Wenigeraufwendungen von ca. 2,8 Mio. Euro. Zusätzlich verschiebt sich die Maßnahme Mehrgenerationenwohnen, so dass der Zuschuss an die GAG in Höhe von 0,8 Mio. Euro erst 2010 ergebniswirksam wird.

Wenigeraufwendungen: rd. 3,6 Mio. Euro

Verkehrüberwachung

Der Bereich prognostiziert insgesamt Wenigererträge von 0,3 Mio. Euro, was u. a. durch ein angemessenes Fahrverhalten begründet wird. Die Wenigererträge können teilweise durch die Inbetriebnahme der Geschwindigkeitsüberwachung auf der Inneren Kanalstraße und die Geschwindigkeitsüberwachung auf der BAB 3 kompensiert werden.

Aufwandsseitig prognostiziert der Bereich eine Unterschreitung von 0,5 Mio. Euro, welche sich durch Einsparungen bei verschiedenen Aufwandspositionen zusammensetzt.

Verbesserung: rd. 0,2 Mio. Euro

Feuerwehr

Nach derzeitiger Einschätzung ergibt sich in diesem Bereich eine Verschlechterung von ca. 1,8 Mio. Euro. Diese Abweichung resultieren aus höheren Erstattungen von ca. 0,9 Mio. Euro an Hilfsorganisationen und Honorarärzte sowie zusätzliche Aufwendungen von rd. 0,2 Mio. Euro, da infolge von Kfz-Totalausfällen im Rettungsdienst kurzfristig vier Fahrzeuge ausgeliehen werden mussten, um die Sicherstellungsverpflichtung einzuhalten. Weiter ergeben sich ca. 0,5 Mio. Euro Mehraufwendungen für Dienstbekleidung aufgrund einer hohen Anzahl zusätzlicher Mitarbeiter und einer hohen Personalfuktuation. Abschließend werden verschiedene Aufwandsüberschreitungen bzw. Erlösunterschreitungen von ca. 0,7 Mio. Euro gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Die Abweichungen können durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro bei der Bau-/Fahrzeugunterhaltung kompensiert werden.

Verschlechterung: rd. 1,8 Mio. Euro

Liegenschaften und Kataster

Aufgrund von zusätzlichen Reparaturen und Instandsetzungen bei bebautem Fiskalbesitz sowie bei den Tiefgaragen, ist von Mehraufwendungen für die bauliche Unterhaltung in Höhe von 0,5 Mio. Euro auszugehen. Der Bereich prognostiziert im Projekt ALKIS Wenigeraufwendungen durch Verzögerungen bei der Umsetzung von ca. 0,4 Mio. Euro gegenüber der Planung.

Mehraufwendungen: ca. 0,1 Mio. Euro

Verkehrsflächen und –anlagen, Parkeinrichtungen

Der Bereich prognostiziert Mehrerträge von insgesamt 5,1 Mio. Euro. Diese Abweichungen ergeben sich durch Mehrerträge von rd. 2,7 Mio. Euro bei den Entgelten zur Unterhaltung von Straßen (z. B. durch Gestattungsentgelt StEB). Weitere Veränderungen ergeben sich durch höhere Parkgebühren (0,9 Mio. Euro), die Verbuchung der Erschließungsbeiträge für die durch die StEB gebauten Mischwasserkanäle als Ertrag (1,1 Mio. Euro) sowie aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit der Aktivierung von Anlagen im Bau (2,1 Mio. Euro). Verschlechternd wirken sich rückläufige Sondernutzungsgebühren in Höhe von ca. 1,7 Mio. Euro aus.

Die Aufwendungen des Amtes werden insgesamt voraussichtlich rd. 6,0 Mio. Euro über der Planung liegen. Ursächlich hierfür ist die geänderte Verbuchung von Aufwendungen für nicht rückzahlbare Zuweisungen für Investitionen. Ursprünglich sollten die jährlichen Zuweisungen an die StEB für den Bau von Mischwasserkanälen entsprechend der Nutzungsdauer der Kanäle das Haushaltsjahr belasten. Da sich die Kanäle im Anlagevermögen der StEB befinden, müssen die von der Stadt zu leistenden Zuweisungen in voller Höhe als Aufwand im laufenden Jahr verbucht werden. Dadurch ergeben sich Mehraufwendungen von voraussichtlich 4,5 Mio. Euro. Durch Teilabgänge bei Straßen im Zusammenhang mit der Aktivierung von Anlagen im Bau entstehen zusätzliche Aufwendungen von rd. 3,5 Mio. Euro. Eine weitere Verschlechterung ergibt sich durch die Aufwendungen für Zinsen für zurückzahlende Zuweisungen, die die Planung um rd. 0,5 Mio. Euro übersteigen.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Straßen werden voraussichtlich mit insgesamt rd. 2,5 Mio. Euro unter der Veranschlagung liegen. Zahlreiche Faktoren wie Vergabeverfahren, Wetterlage etc. beeinflussen maßgeblich den Baubeginn und damit die Abwicklung von einzelnen Maßnahmen.

Verschlechterung: rd. 0,9 Mio. Euro

Grünflächen

Der Bereich prognostiziert insgesamt eine Verbesserung von 0,1 Mio. Euro. Diese ergibt sich aus Mehraufwendungen bei den sonstigen Dienstleistungen aufgrund des verstärkten Abräumens von abgelaufenen Gräbern. Durch Wegfall der eigenen Abräumkolonne, erfolgen diese Arbeiten durch externe Firmen. Die Aufwendungen für Gewerbeertrag- und Kapitalertragsteuer werden voraussichtlich 0,2 Mio. Euro unter der Planung liegen.

Wenigeraufwendungen: rd. 0,1 Mio. Euro

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Die Aufwendungen für Proben, Gutachten und Prüfungen werden ca. 2,8 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Grund hierfür ist die verzögerte Umsetzung von verschiedenen Maßnahmen (z. B. Stilllegung Deponie am Linder Mauspfad, 2,5 Mio. Euro und Sanierung Butzweilerstraße, 0,2 Mio. Euro). Darüber hinaus meldet der Bereich Wenigeraufwendungen für sonstige Dienstleistungen von ca. 0,4 Mio. Euro, da Ausgleichzahlungen nach der Baumschutzsatzung nicht vollständig ausgeschöpft werden, das Projekt Abfallberatung in Schulen nicht durchgeführt wird und sich zeitliche Verzögerungen im Projekt Maßnahmen zur Lärmaktionsplanung ergeben.

Aufgrund der Betriebskostenabrechnung der AVG für 2008 vom 30.06.2009 wurden für die Deponie „Vereinigte Ville“ gezahlte Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 1,0 Mio. Euro zurückerstattet. Zusätzlich kann wegen der guten Marktsituation und der gestiegenen Ablagerungsentgelte die Erstattung der Betriebskosten an die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH entfallen. Dadurch ergibt sich ein Wenigeraufwand von rd. 2,4 Mio. Euro.

Wenigeraufwendungen: rd. 6,6 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Der Bereich prognostiziert Mehrerträge von insgesamt 0,3 Mio. Euro. Aufgrund von weitergeleiteten Zuwendungsanteilen nach GVFG durch die KVB im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Stadtbahnbau, 2. Baustufe sind Mehrerträge von rd. 1,9 Mio. Euro zu verzeichnen. Diesen stehen jedoch durch Verzögerungen im Bauablauf bei der Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel geringere Erträge bei den Landeszuweisungen von rd. 1,6 Mio. Euro gegenüber.

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 16,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie ähnlicher Probleme für die Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel.

Im Bereich Unterhaltung der Stadtbahnanlagen zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 3,0 Mio. Euro ab.

Verbesserung: rd. 19,3 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 2,4 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist dadurch zu begründen, dass voraussichtlich weniger Kredite als erwartet aufgenommen werden.

Wenigeraufwendungen: ca. 2,4 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Aufgrund des positiven Ergebnisses der Kölner Sportstätten GmbH, welches auf die neue Rechnung 2009 übertragen wird, reduziert sich der Aufwand für die Verlustabdeckung bei

der Stadt um knapp 3,3 Mio. Euro.

Die für 2009 geplante Verlustabdeckung von 0,1 Mio. Euro an das Rechtsrheinische Technologie- und Gründerzentrum Köln mbH entfällt.

Die Gewinnausschüttung der SWK erfolgt abzüglich der zu zahlenden Kapitalertragsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dadurch ergeben sich für das laufende Haushaltsjahr geringere Erträge von ca. 16,8 Mio. Euro, die in einem späteren Haushaltsjahr erstattet werden. Dem gegenüber stehen Mehrerträge in Höhe von 42,8 Mio. Euro aus der Erstattung einbehaltener Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer aus dem Jahr 2001.

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse fällt der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung knapp 0,7 Mio. Euro höher aus als ursprünglich geplant. Zum einen musste eine Nachforderung für den Betriebskostenabschluss 2008 geleistet werden, zum anderen ergibt sich durch höheren Frontmeterzahlen und gestiegenen Reinigungsentgelten ein höherer Betriebskostenzuschuss.

Verbesserung: ca. 28,7 Mio. Euro

Zentrale Finanzwirtschaft

Die im Zusammenhang mit der Gewährung einer stillen Einlage an der Sparkasse Köln-Bonn geplanten Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen werden nicht abfließen. Gem. Ratsbeschluss vom 13.11.2008 wird die stille Einlage durch den Zweckverband erbracht. Somit entfällt die gesamte Abwicklung über den städtischen Haushalt. Für das Haushaltsjahr 2009 ergibt sich eine Verschlechterung von 4,2 Mio. Euro, da die Erstattung der Sparkasse in Höhe der städtischen Zins- und Tilgungsleistung als Ertrag geplant war, die Ergebnisrechnung jedoch nur die Zinsaufwendungen berücksichtigt hat.

Verschlechterung: 4,2 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

in Mio. Euro
 Verbesserung
 (+) / Ver-
 schlechterung
 (-)

| | |
|--|----------------|
| Kompensationsleistung | + 3,2 |
| Zweitwohnungssteuer | + 1,5 |
| Personalaufwand | + 12,0 |
| Personalamt | - 1,2 |
| Sozialbereich | + 3,9 |
| Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler u Asyl- bewerber | + 1,2 |
| Kinder und Jugend, Kinderheime | - 9,5 |
| Schule und Bildung | - 2,6 |
| Gesundheit | - 0,8 |
| Kultur und Wissenschaft | - 0,9 |
| Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen | - 0,1 |
| Zentrale Dienste | + 0,2 |
| Stadtentwicklung | + 3,6 |
| Verkehrsüberwachung | + 0,2 |
| Feuerwehr | - 1,8 |
| Liegenschaften und Kataster | + 0,1 |
| Verkehrsflächen und –anlagen, Parkeinrichtungen | - 0,9 |
| Grünflächen | + 0,1 |
| Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung | + 6,6 |
| Stadtbahn, Brücken und Tunnel | + 19,3 |
| Schuldendienst | + 2,4 |
| Sonstige wirtschaftliche Unternehmen | + 28,7 |
| Zentrale Finanzwirtschaft | - 4,2 |
| Insgesamt: | + 61,0 |
| Auswirkungen der Steuerschätzung | - 122,3 |
| Veränderungen aufgrund aktueller Meldungen | - 61,3 |
| Fehlbetrag lt. Hpl. 2009 | - 102,5 |
| Gesamtveränderung | - 163,8 |

Bewirtschaftung:

In der Sitzung des Finanzausschusses am 29.06.2009 hat die Verwaltung den Ausschuss u.a. über die im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen unterrichtet. Insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuer kann nicht davon ausgegangen werden, dass die im Hpl. 2009 veranschlagten Mittel in vollem Umfang zur Bewirtschaftung freigegeben werden. Nach derzeitigem Sachstand müssen die vorgegebenen Bewirtschaftungsmaßnahmen (Einsparung bei den Aufwendungen für Pflichtaufgaben um 5 %, den Aufgaben, die dem Grunde nach pflichtig, in der Höhe aber beeinflussbar sind, um 10% und bei den freiwilligen Aufgaben um 15 %) eingehalten wer-

den.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich also de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und Asylbewerber

Der Bereich prognostiziert aufgrund von Verzögerungen im Abstimmungsprozess bzw. im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren Wenigerauszahlungen von ca. 4,3 Mio. Euro. Dabei handelt es sich allerdings nur um Verschiebungen ins nächste Haushaltsjahr.

Verbesserung: rd. 4,2 Mio. Euro

Kinderheime

Durch den zeitlich verzögerten Verkauf des Areals Sülzgürtel 47 prognostiziert der Bereich Wenigereinzahlungen in Höhe von 7,7 Mio. Euro. Die restlichen Einzahlungen werden voraussichtlich 2010 realisiert. Dem gegenüber werden für den Erwerb des Grundstücks für den Neubau des KidSZentrums Wenigerauszahlungen von rd. 3,7 Mio. Euro geleistet.

Verschlechterung: rd. 4,0 Mio. Euro

Schule und Bildung

Die Schul-/Bildungspauschale des Landes fällt 3,3 Mio. Euro höher aus als geplant. Diesen Mehreinzahlungen stehen Auszahlungen für die Ersteinrichtung beim Schulneubau bzw. Schulerweiterungsbau gegenüber.

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich zahlreiche Maßnahmen ins nächste Haushaltsjahr verschieben. So wird sich z. B. die Ausweisung des Sanierungsgebietes Innenstadt (3,5 Mio. Euro) aufgrund der noch einzuholenden Beschlüsse verschieben und die für den Umbau von Büroräumen eingeplanten Mittel (1,1 Mio. Euro) werden erst im Folgejahr abfließen. Auch die Maßnahmen Erschließung Bahnsteig Deutz (0,8 Mio. Euro), Stadtsanierung Porz/Finkenbergr (0,9 Mio. Euro) und Bocklemünd/Mengenich (2,0 Mio. Euro) sowie der Ausbau des Grünzug Charlier (2,7 Mio. Euro) werden sich aufgrund von Verzögerungen im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren verschieben. Die Maßnahmen Sanierung Vingst/Höhenberg (0,6 Mio. Euro) und Mülheim/Nord (0,4 Mio. Euro) werden nicht weiter verfolgt, zur Deckung anderer Maßnahmen werden lediglich 0,2 Mio. Euro herangezogen. Darüber hinaus werden weitere kleinere Abweichungen bis Jahresende prognostiziert.

Wenigerauszahlungen: rd. 12,0 Mio. Euro

Erschließung

Längere Verfahrensdauern aufgrund durchzuführender Anhörungen führen in 2009 zu einer geringeren Anzahl von Veranlagungen. Infolge dessen werden sich die Einzahlungen für Erschließungsbeiträge voraussichtlich um rd. 0,5 Mio. Euro reduzieren. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung. Der Verschlechterung steht eine gleich hohe Mehreinzahlung bei den Straßenbaubeiträgen nach KAG gegenüber, was auf die steigende Anzahl von Ausbaumaßnahmen und die dadurch entstehende Beitragspflicht zurückzuführen ist.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Bei der Baumaßnahme „Mülldeponie Vereinigte Ville“, dem Blockheizkraftwerk für Depo-niegasnutzung und beim Erwerb von Vermögensgegenständen werden insgesamt voraus-sichtlich ca. 1,0 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Dies ist ursächlich dadurch be-gründet, dass die Maßnahmen insgesamt günstiger abgewickelt werden können.

Wenigerauszahlungen: ca. 1,0 Mio. Euro

Grünflächen und Friedhöfe

Für das laufende Haushaltsjahr werden für den Teilbereich „Öffentliches Grün“ Wenigerauszahlungen von ca. 11,2 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergeben sich durch Verzögerungen bei den Projekten Regio/Grün (6,0 Mio. Euro) und Rheinboulevard (5,2 Mio. Euro).

Im Projekt Friedhof Süd, Bewässerung meldet der Bereich Wenigerauszahlungen von rd. 0,2 Mio. Euro, da sich das Projekt mangels Planungs-kapazitäten verschiebt.

Wenigerauszahlungen: rd. 11,4 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Entgegen der Planung wird sich die Maßnahme „Beschleunigungsmaßnahme L12“ (Aus-zahlung 2,5 Mio. Euro, Zuschuss 0,4 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben. Darüber hinaus wird es bei mehreren Maßnahmen zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlung nur teilweise noch in 2009 kassenwirksam werden. Abwei-chungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen: Haltestelle Deutz-Messe – Einbau von Aufzügen (Auszahlung 3,0 Mio. Euro, Zuschuss 0,8 Mio. Euro), Bahnsteiganhebung Haltestelle Lenauplatz (Auszahlung 4,0 Mio. Euro, Einzahlung 3,4 Mio. Euro), Bahnsteiganhebung Poststraße (Auszahlung 1,5 Mio. Euro, Einzahlung 1,4 Mio. Euro) und Neusser Straße/Gürtel – Einbau von Aufzügen (Auszahlung 0,5 Mio. Euro, Einzahlung 0,4 Mio. Euro).

Verbesserung: rd. 5,1 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Die für das Win-Win Programm zusätzlich bereitgestellten Mittel werden überwiegend in 2010 zur Auszahlung kommen. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt, eine Ermäch-tigungsübertragung in Höhe der in 2009 nicht abgeflossenen Mittel zu beantragen.

Wenigerauszahlungen: rd. 3,7 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlun-gen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. So wird sich z. B. die Generalinstandsetzung Radwege (1,5 Mio. Euro), Maßnahmen zur Barrierefreiheit (0,3 Mio. Euro) und die Generalinstandsetzung/Hochwasserschutzmaßnahmen von Regen-wasserpumpwerken bzw. Straßenentwässerungskanälen (5,0 Mio. Euro) verzögern. Wei-ter wird sich die Auszahlung von Zuschüsse aufgrund von Bauverzögerungen beim Kreuzungsbauwerk Kaiserstraße (3,0 Mio. Euro) und bei der Lützrathstraße (0,8 Mio. Euro) nach 2010 verschieben. Die Maßnahmen Nord-Süd-Stadtbahn - Wiederherstellung und Breslauer Platz (zusammen 1,5 Mio. Euro) können erst nach Räumung des Bau-feldes durch die KVB begonnen werden.

Insgesamt werden die Auszahlungen unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zu-rückliegen.

Wenigerauszahlungen: rd. 12,1 Mio. Euro

Zentrale Finanzwirtschaft

Auszahlungen für die planmäßige Tilgung werden voraussichtlich 0,8 Mio. Euro geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Darüber hinaus liegt die allgemeine Investitionspauschale ca. 4,9 Mio. Euro über der Planung wobei 1,0 Mio. Euro bereits zur Deckung herangezogen wurden.

Verbesserung: rd. 4,7 Mio. Euro